

TSCHECHIEN

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2019

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Tschechien wird seit den letzten Parlamentswahlen im Herbst 2017 von einer Minderheitskoalition der Partei/Bewegung ANO und der sozialdemokratischen Partei ČSSD als Juniorpartner regiert, die von der Kommunistischen Partei gestützt wird. Der durchschlagende Erfolg des Premierministers Andrej Babiš ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Enttäuschung über die allgegenwärtige Korruption und der vorläufige Gipfel eines etwa seit der Jahrtausendwende andauernden Aufstiegs von politischen Akteuren, die nicht mehr eindeutig den traditionellen politischen, sozioökonomischen Konfliktlinien zugeordnet werden können. Babiš ist kein konservativer Ideologe, wie seine Pendanten in Ungarn oder Polen, sondern in erster Linie ein Oligarch, ein Unternehmer, in dessen Besitz sich auch einflussreiche Medien befinden. Er siegte mit seinem Motto »Den Staat managen wie eine Firma« und verfolgt einen pragmatisch-populistischen sowie korporatistischen Politikstil. Damit ist er, nicht nur was Arbeitnehmerthemen angeht, grundsätzlich unberechenbar. Trotz des massiven Interessenskonfliktes (Großunternehmer, Medienbesitzer), ehemaliger mutmaßlichen Tätigkeit bei der kommunistischen Staatssicherheit sowie der drohenden Anklage wegen Veruntreuung europäischer Gelder bleibt ihm eine stabile Unterstützung etwa eines Drittels der tschechischen Bevölkerung sicher (Parlamentswahlen 2017: 29,6 Prozent). Es gelingt ihm, sich als Kraft gegen das korrupte politische Establishments darzustellen, in politischen Krisensituationen auch als Opfer des Establishments, gleichwohl er selber dazu zählt.

Die sozialdemokratische Partei (ČSSD), die in der letzten Regierung den Premierminister stellte, verlor bei den Parlamentswahlen 2017 13 Prozentpunkte, damit über Zweidrittel ihrer Mandate und landete bei einem historischen Tief von 7,3 Prozent, von dem sie sich seither nicht erholt hat. Sie ist parteiintern – ähnlich wie die deutsche SPD – gespalten über die Frage, ob der per innerparteilichem Referendum

knapp abgesegnete Gang in die Regierung mit Babiš der richtige Schritt war. Hoffnung verspricht der im März 2019 gewählte, verhältnismäßig junge und progressive Parteivorstand. Dazu zählt auch die Arbeitsministerin Jana Maláčová, der es seit ihrem Amtsantritt im Sommer 2018 gelungen ist, in der Regierung vehement und sichtbar für sozialdemokratische und arbeitnehmerfreundliche Themen zu werben und sie auch teilweise durchzusetzen. So beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns und der Renten. Gescheitert ist sie jedoch mit dem Vorschlag, fünf Wochen Urlaub gesetzlich zu verankern (bislang sind es nur vier), das Kindergeld flächendeckend spürbar zu erhöhen oder die Berechnungsgrundlage der Grundsicherung zu revidieren und somit anzuheben.

Zu einer relativ starken politischen Kraft ist in jüngster Zeit wieder die zeitweise, insbesondere wegen Korruptionsvorfällen, totgeglaubte Partei ODS aufgestiegen (zweitstärkste Kraft bei den Parlamentswahlen 2017: 11,3 Prozent), die wirtschaftlich als libertär und kulturell als wertekonservativ eingeordnet werden kann. Ihr Aufstieg bedeutet für die Arbeitnehmerfragen die Rückkehr einer radikal neoliberalen Debatte im politischen Diskurs. Eine vergleichsweise starke Position (Parlamentswahlen 2017: 10,8 Prozent) kommt auch den Piraten zu, die die Rolle der Protestpartei für eher jüngere, liberale Menschen einnimmt, allerdings mit kaum vorhandenem Augenmerk auf soziale Themen. Die Nationalisten (»SPD«) sind im Parlament als Randakteure ebenfalls vertreten (Parlamentswahlen 2017: 10,6 Prozent), verlieren aber derzeit konstant, wenn auch nur langsam, an Unterstützung.

Insgesamt ist damit die politische Debatte in Tschechien relativ stark durch eine diskursive Hegemonie des Neoliberalismus gekennzeichnet. Die Erfahrung der staatssozialistischen Diktatur führt, insbesondere bei der politischen Elite, aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung, zu einer massiven, reflexartigen Haltung gegen alles, was in irgendeiner Weise als »kommunistisch« anmutet, sei es eine leicht progressive Besteuerung der Einkommen, ein sozialer Wohnungsbau oder kostenfreie Schulmittagessen. Dies führt zu einer enormen

men Verengung des Handlungsspielraums der politischen Linken und Gewerkschaften. Beobachtet werden kann ein allgemeiner Verdruss gegenüber ideengeleiteter Politik, der einerseits auf die Enttäuschung gehegter Erwartungen, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beitritt in die EU entstanden sind, andererseits auf die Tatsache, dass Vetternwirtschaft und Korruption fester Bestandteil des politischen Systems sind, zurückgeführt werden kann. So weist Tschechien die höchste EU-Skepsis unter allen Mitgliedstaaten auf. Die mit der Wende einhergegangenen Brüche persönlicher Lebensbiographien waren zum Teil dramatisch; die Angleichung der Lebensverhältnisse bleibt auch 30 Jahre später weit hinter den Erwartungen zurück und die demokratischen Strukturen sind noch immer verhältnismäßig schwach.

WIRTSCHAFTLICH UND SOZIALE LAGE

Nachdem der Staatshaushalt 2018 mit einem Rekordplus von 113 Mio. Euro abgeschlossen hat, sieht der verabschiedete Haushalt für 2019 ein Defizit von ca. 1,5 Mrd. Euro vor. Damit sollen die Erhöhung der Renten und Gehälter im öffentlichen Dienst sowie Investitionen finanziert werden. Das reale Wirtschaftswachstum betrug 2018 2,9 Prozent, die Inflationsrate knapp über zwei Prozent. Das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards stieg damit von 88 auf 89 Prozent des EU-Durchschnitts an. Zwischen Tschechien und Deutschland bestehen enge Handelsbeziehungen: 2018 gingen fast ein Drittel des tschechischen Exports nach Deutschland, in die Gegenrichtung rollte mehr als ein Viertel des tschechischen Imports. Die relativ hohe Abhängigkeit der Exportquote von der Automobilindustrie (13 Prozent) birgt jedoch Risiken, da sie damit abhängig ist von der zukünftigen weltweiten Konjunkturentwicklung sowie den rasanten Veränderungen der Automobilität. Mit rund acht Prozent aller Exporte ist Großbritannien derzeit der fünftgrößte Handelspartner Tschechiens. Schätzungen zufolge droht mit dem Brexit eine Senkung des BIPs bis zu gut einem Prozent.

Größte Hürde der tschechischen Wirtschaft ist der Mangel an Fachkräften. Der Arbeitsmarkt ist leergefegt, die Arbeitslosenquote lag 2018 bei 3,5 Prozent und es fehlten über 300.000 Arbeitskräfte. Dies führt zur beschleunigten Aufnahme ukrainischer Arbeitskräfte. Gewerkschaften befürchten ein Lohndumping und interpretieren einen Teil des vermeintlichen Fachkräftemangels als fehlende Bereitschaft der Arbeitgeber, höhere Löhne zu zahlen. Aber auch das nach wie vor mangelhafte Berufsbildungssystem, die schlechte Verkehrsinfrastruktur sowie eine sinkende politische Stabilität sind kritische Punkte für die zukünftige Entwicklung.

Obwohl die üblichen makroökonomischen Indikatoren auf den ersten Blick positiv aussehen, liegt der Lebensstandard der Bevölkerung weiterhin deutlich unter dem des Durchschnitts in der EU. So erhält die Hälfte der Rentner eine Rente, die niedriger als der europäische Median ist (514 Euro), der Mindestlohn (514 Euro) ist der sechstniedrigste in der EU und entspricht kaufkraftbereinigt nur der Hälfte des deutschen. Der reale Durchschnittslohn beträgt, nach einer

Reallohnsteigerung von über 6 Prozent in 2018, 1.200 Euro, das Medianeinkommen liegt bei 1.060 Euro und die relative Armutsgrenze damit bei ca. 660 Euro, also nur wenig über dem Mindestlohn. Dies erklärt den vergleichsweise geringen Anteil der relativen Armut (9,1 Prozent). Von dem Ausmaß der Armut jedoch zeugt die Überschuldung der tschechischen Haushalte, die etwa 8 Prozent der Bevölkerung betrifft, Familienmitglieder nicht mitgezählt. Sie verfügen häufig über ein Einkommen, das unterhalb des Niveaus des Mindestlohns liegt. Gewöhnliche Ursache für die Verschuldungen sind Zahlungsverpflichtungen wie Miete, Strom- und Telefonrechnungen. Aufgrund strikter Regeln, die dem Imperativ der Eigenverantwortung, aber auch der Lobby der Zwangsvollstreckung folgen und deren bedeutendere Lockerung bei einem entsprechenden legislativen Anlauf 2018 scheiterte, leben die meisten dieser Menschen ohne eine Aussicht auf die Rückkehr in ein schuldenfreies Leben. Darüber hinaus ist das Vertrauen der betroffenen Menschen in den Staat und seine Institutionen häufig tief erschüttert, so dass sie zum politischen Radikalismus tendieren.

Fast 7,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das kaufkraftbereinigt ca. 70 Prozent des deutschen beträgt, sind Gewinne ausländischer Investoren. Der Anteil der Reinvestitionen ist sukzessive gesunken und betrug 2018 weniger als ein Drittel. Über 11 Milliarden Euro fließen ins Ausland ab.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben in einem Land, dessen Politik in einem neoliberalen Diskurs verhaftet ist und dessen Wirtschaft hochgradig vom ausländischen Kapital abhängig ist und sich in einer ungünstigen Zuliefererposition in den transnationalen Wertschöpfungsketten befindet, kein einfaches Terrain. Sie führen einen Kampf um gesellschaftliche Legitimität, denn sie fallen bei vielen, gerade jüngeren Menschen in die Kategorie »kommunistisches Überbleibsel, brauchen wir in einer freien Gesellschaft, wo jeder werden kann, was es möchte, wenn er sich nur anstrengt, nicht mehr«. Diese Legitimitätsfrage ist eng verknüpft mit der Frage ihrer Überlebensfähigkeit, sind sie doch von der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge abhängig, deren Knappheit sich bei tschechischen Gewerkschaften, gepaart mit ihrer mangelnden Attraktivität als Arbeitgeber, in sehr schwachen Strukturen manifestiert. Lange waren sie einem rasanten, stetigen Mitgliederschwund ausgesetzt; in 2018 stieg die Anzahl der Mitglieder erstmalig.

Dieser Erfolg kann dem aktuellen Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS, Josef Středula, zugerechnet werden. Im April 2018 für die zweite vierjährige Amtsperiode mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt, ist er eine charismatische, gut vernetzte Person. In seiner mittlerweile fünfjährigen Amtszeit hat er dem Gewerkschaftsdachverband einen relativ modernen und progressiven Anstrich verpasst. Er organisiert seit 2015 die landesweite Kampagne »Ende der billigen Arbeit«, für die jedes Jahr eine große Kundgebung stattfindet, um die Tarifverhandlungen einzuläuten. Der europäische Gewerkschaftsverband ETUC hat

sich davon für die Kampagne »Europe needs a pay rise« inspirieren lassen. Herausragendes Thema seiner Reden ist die mangelnde Konvergenz zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern. In der Konsequenz fordern die Gewerkschaften auch eine langfristige wirtschaftspolitische Reform, die das Land aus der abhängigen Position in den europäischen und globalen Wertschöpfungsketten führt, insbesondere mit Blick auf drohende Rationalisierungen aufgrund der steigenden Digitalisierungsprozesse.

Verstärkt nehmen sich die Gewerkschaften aktuell auch der Frage der gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung an und fordern eine Verkürzung der Arbeitszeiten. Damit wollen sie auch als gesellschaftspolitischer Akteur wahrgenommen werden, eine Rolle, die ihnen eher abgesprochen wird und die sie bislang auch kaum eingenommen haben.

Auf der Ebene der Einzelgewerkschaften bzw. ihrer konstituierenden Betriebsorganisationen sind keine maßgeblichen aktuellen Ereignisse nennenswert. In einzelnen Betrieben wurden Arbeitskämpfe bis hin zum mehrtägigen Warnstreik ausgetragen, der durchschnittliche reale Lohnzuwachs von 6 Prozent, der in Tschechien insbesondere auf betrieblicher Ebene verhandelt wird, lag höher, als in den Vorjahren.

GEWERKSCHAFTEN IN TSCHECHIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der stärkste Dachverband ČMKOS entstand aus den im Laufe der »Samtenen Revolution« gebildeten Betriebs- und Streikkomitees, die den alten Dachverband »ROH« übernahmen und ihn in »KOS« unbenannten. KOS trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und wurde so zu dominierender Gewerkschaft, aber mit einer neuen, von kommunistischer Erblast freien Führung. Obwohl er mit der Politik und Organisation des ROH brach, trat die Mehrheit der ROH-Mitglieder dem neuen Gewerkschaftsbund bei. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich der ČS KOS in eine Organisation für die tschechische Republik, ČMKOS, und eine für die Slowakische Republik, KOZ SR. Die Transformation der Gewerkschaften gestaltete sich nicht einfach. Sie hatten vor der Wende defacto kaum eine mitgestaltende Funktion in der Gesellschaft. Mitgliedschaft war angesagt, wollte man nicht als Regimegegner gelten. Es entstand zwar nach und nach eine pluralistische Landschaft an Betriebsorganisationen und sie vereinende Branchenverbände, diese mussten aber ihre Legitimität im neuen, stark neoliberal geprägten System hart erkämpfen. Die Gewerkschaften werden teilweise bis heute selbst von Arbeitnehmer_innen als Akteure gesehen, die in der neuen Zeit nicht mehr benötigt werden oder gar stören. Sie litten daher lange unter massivem Mitgliederschwund und öffentlichen Anfeindungen, auch von Spitzenpolitiker_innen. Dies war teilweise auch selbst verschuldet: lange Zeit haben sie sich selbst in der

neuen Welt nicht zurechgefunden, waren relativ passiv, konservativ und fast ausschließlich mit männlichen Funktionsträgern.

Als ein politischer Akteur mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz erwiesen sich die Gewerkschaften zum ersten Mal 2012, als sie in einer breiteren gesellschaftlichen Allianz Träger der Proteste gegen die Regierung des konservativ-neoliberalen Premierministers Petr Nečas (ODS) waren, die massive Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge androhte. An dieses Momentum knüpften die Gewerkschaften an, als 2014 Josef Středula zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS gewählt wurde. Seitdem hat sich das Image verbessert und ist die Rolle der Gewerkschaften als gesellschaftlicher Akteur sukzessive gestiegen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die gewerkschaftliche Grundorganisation auf Betriebsebene ist nach wie vor das wichtigste Vertretungsorgan für die Beschäftigten in den einzelnen Betrieben, die von mindestens drei Mitarbeiter_innen gegründet werden können. Diese treten auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe zu einer bestimmten Branche auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei, die zum Teil über regionale Vertretungen verfügen. Die Einzelgewerkschaften schließen sich in der Regel zu Dachverbänden zusammen, die ihrerseits ebenfalls über ein Netz regionaler Büros verfügen. Lohnverhandlungen werden in der Regel auf der betrieblichen Ebene geführt, in den seltensten Fällen kommt es zu Einigungen auf Branchenebene. Ein System von Betriebsräten mit einer gewissen Unabhängigkeit von Gewerkschaftsstrukturen, wie in Deutschland vorhanden, gibt es in Tschechien nicht. Sie sind zwar gesetzlich vorgesehen, ihre Rechte sind aber noch geringer, als die Rechte der betrieblichen Gewerkschaften und würden daher keinen zusätzlichen Mehrwert schaffen.

Die mit Abstand mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft ist die der in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten OS KOVO, was auch die herausragende Rolle dieser Branche in der tschechischen Wirtschaft widerspiegelt. In anderen Branchen sind weitaus weniger Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisiert. Selbständige, Arbeitslose, Arbeitsmigrant_innen und Leiharbeiter_innen gelten in der Regel nicht als potentielle Mitglieder. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug 2016 laut OECD 10,5 Prozent der Erwerbstätigen, was einen deutlichen Rückgang gegenüber 16,7 Prozent in 2009 darstellt. Offizielle Zahlen für 2017 und 2018 sind noch nicht vorhanden, aber der Trend zeigt erstmals leicht nach oben. Die Abdeckung der Arbeitnehmer durch Kollektivverträge betrug 2015, dem letzten Jahr, für das aktuelle Zahlen vorliegen, 46,3 Prozent. Damit befindet sich Tschechien etwa im Mittelfeld der OECD-Länder.

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften stellen die Mitgliedsbeiträge dar. Grundorganisationen erhalten in der Regel ein Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder. Davon müssen 25 Prozent an die Branchengewerk-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Českomoravská konfederace odborových svazů – ČMKOS (Bohemian-Moravian Confederation of Trade Unions, Abkürzung nicht verwendet)	Vorsitzender: Josef Středula Stellvertreter_innen: Vít Samek, Radka Sokolová	Es gibt keine offiziellen Zahlen, Schätzungen zufolge etwa 280.000.	ETUC, ITUC, TUAG
Asociace samostatných odborů – ASO (Association of Autonomous Trade Unions – inoffizielle Übersetzung, engl. Abkürzung nicht verwendet)	Vorsitzender: Bohumír Dufek Stellvertreter: Martin Engel, Martin Malý, Josef Hlahůlek	Wird seitens der Organisation mit 200.000 Mitglieder angegeben, was aber mit großer Wahrscheinlichkeit zu hoch ist. Ein Dachverband muss jedoch über mindestens 150.000 Mitglieder verfügen, um sich an der Tripartität beteiligen zu dürfen, weswegen diese Zahl angegeben sein dürfte und bislang seitens ČMKOS und politischer Akteure toleriert wurde.	keine bekannt

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Branchengewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Odborový svaz KOVO – OS KOVO (The Czech Metalworkers' Federation, engl. Abkürzung nicht verwendet)	ČMKOS	Vorsitzender: Jaroslav Souček Stellvertreter: Pavel Komárek, Tomáš Valášek, Libor Dvořák	Es gibt keine offiziellen Zahlen, Schätzungen zufolge etwa 110.000 und somit zwischen 30 und 50 Prozent aller ČMKOS-Mitglieder.	IndustriALL
Odborový svaz zdravotnictví a sociální péče – OSZSP (Trade Unions in Health Care and Social Services, engl. Abkürzung nicht verwendet)	ČMKOS	Vorsitzende: Dagmar Žitníková Stellvertreter_innen: Lubomír Franc, Jana Hnyková	Es gibt keine offiziellen Zahlen. Er ist der zweitstärkste Verband, jedoch mit deutlich weniger Mitgliedern als KOVO.	European Federation of Public Services Unions – EPSU Public Services International – PSI
Odborový svaz ECHO (Trade Union in Energy and Chemical Industry, engl. Abkürzung nicht verwendet)	ČMKOS	Vorsitzender: Zdeněk Černý Stellvertreter: unbekannt	Es gibt keine offiziellen Zahlen. Er ist der drittstärkste Verband mit deutlich weniger Mitgliedern als KOVO und leicht weniger als OSZSP.	IndustriALL

schaften abgeführt werden, die wiederum einen Teil davon an die Dachverbände überweisen. Die Höhe wird von den Mitgliedsverbänden festgelegt. Die Einzelgewerkschaften verfügen darüber hinaus über zum Teil große Vermögen (z. B. historische Gebäude in der Prager Innenstadt) und damit über eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung als die Dachverbände, was ihnen zu einer entsprechenden starken Stellung verhilft, aber auch Fusionen verhindert.

Derzeit sind der Dachverband ČMKOS (*Českomoravská konfederace odborových svazů*) mit seinen 30 Einzelgewerkschaften und mit großem Abstand dazu ASO (*Asociace samostatných odborů*) die mitgliedsstärksten und gleichzeitig einflussreichsten Verbände. Sie stellen zusammen die sieben Vertreter_innen der Arbeitnehmerseite in der sog. Tripartität (offiziell: *Rat der wirtschaftlichen und sozialen Übereinkunft*), einem Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber – mit

je nach Regierungskonstellation unterschiedlich starkem Gehör – zu Regierungsvorhaben unverbindlich angehört werden. Es gibt noch einige wenige weitere kleinere Dachverbände und einige Gewerkschaftsverbände, die in keinem der Dachverbände, und Betriebsorganisationen, die in keiner der Einzelgewerkschaft organisiert sind. Zersplitterungen, so wie in anderen Ländern, gibt es kaum, höchstens in Form des Ausstiegs einzelner Betriebsorganisationen aus der Branchengewerkschaft (wie dies 2014 z. B. der Fall aller drei mitgliedsstarken Škoda-Werke und der Metaller-Branchengewerkschaft war). Andererseits erweisen sich aber auch jedwede Fusionsversuche, die bei der Anzahl von einzelnen Verbänden zugunsten von Schlagkräftigkeit durchaus ratsam wären, als kaum durchsetzbar, nicht zuletzt wegen der Besitztümer, über die man keine Handlungshoheit verlieren möchte, aber auch anderweitiger Rivalitäten und persönlicher Verquickungen, die in einem kleinen Land wie Tschechien in einem solchen Partikularbereich kaum zu vermeiden sind.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen müssen, sind im Vergleich zu Deutschland außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl Entgeltdhöhe wie auch weitere Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen verbindlichen Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stellung bezogen werden müsste. Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig. Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften eine gesetzliche Regelung, gemäß welcher es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben kann, die aber alle einem Kollektivvertrag zustimmen müssen. Dies öffnet Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden (es reichen zur Gründung lediglich drei Beschäftigte aus). Verbindlich befragt müssen die Gewerkschaftsorganisationen nur, falls einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden sollte und wenn allgemeine Betriebsbestimmungen oder Urlaubspläne entworfen werden. Diese mangelnde Einbeziehung wird von den Gewerkschaften kritisiert. Es gibt keinerlei Recht auf Freistellung oder finanzielle und sonstige Ausstattung für die betrieblichen Organisationen und ihre Funktionäre seitens des Arbeitgebers.

Der Abschluss von Kollektivverträgen höheren Rangs, d. h. Vereinbarungen auf (Teil-)Branchenebene, wird häufig von Arbeitgebern verhindert, indem sie Verhandlungen auf dieser Ebene verweigern. Somit sind 2017 lediglich 15 Kollektivverträge auf Branchenebene geschlossen worden, der Trend ist sinkend. In den Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer_innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen. Sie haben daher wenig Einfluss. Bei für Arbeitnehmer_innen relevanten Gesetzesgebungen werden ihre Meinungen eingeholt. Beratend ist zudem ihre Rolle bei der Tripartitität, einem beratenden Organ der Regierung, das je nach politischer Coleur

mehr oder minder intensiv und verbindlich zu Rate gezogen wird. Gewerkschafter_innen berichten regelmäßig über Versuche, die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen oder die Ausübung ihrer Tätigkeit zu verhindern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Verhandlungen werden schwerpunktmäßig auf der betrieblichen Ebene geführt, typischerweise einmal im Jahr, es sei denn, es wurde für den Kollektivvertrag eine längere Laufzeit vereinbart. Diese Verhandlungen auf der niedrigst möglichen Ebene gehen naturgemäß mit einem massiven Ungleichgewicht der Verhandlungsmacht einher. Die Bereitschaft der einfachen Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen, in entsprechende Ausbildung ihrer Vertreter_innen zu investieren, hält sich oft in Grenzen. Mit der breiten und systematischen Weiterbildung für Betriebsräte wie in Deutschland ist die Lage in Tschechien kaum zu vergleichen. Die Vorstellung von einer Gewerkschaftsarbeit, die weniger die Funktion der Durchsetzung gemeinsamer Interessen hat, als vielmehr die einer sozialen, bei der sich Mitgliedschaft unmittelbar durch bestimmte Zuschüsse oder Geschenke auszahlen soll, hat historische Gründe. Die Branchenverbände versuchen zwar, ihre Mitgliedsorganisationen bestmöglich zu unterstützen, haben aber selbst zu sehr mit begrenzten Kapazitäten zu kämpfen, als dass sie imstande wären, Expert_innen zu den Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Die Gefahren einer Repression für die einzelnen Mitglieder, die unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt sind, zwingen beispielsweise den größten Einzelverband OS KOVO dazu, eine sogenannte »verdeckte Mitgliedschaft« einzuführen, bei der sich in als besonders gefährlich eingeschätzten Situationen die Mitglieder nicht direkt gegenüber dem Arbeitgeber zu erkennen geben, sondern für sie der Verband in ihrem Namen verhandelt. Dies wurde als gesetzeskonform bestätigt, kann aber aufgrund der begrenzten Kapazitäten nur relativ selten zum Einsatz kommen und löst das strukturelle Problem nicht.

Trotz des geringen Organisationsgrades von nur 10,5 Prozent der Erwerbstätigen (2016) sind 46,3 Prozent der tschechischen Arbeitnehmer_innen (2015) durch Kollektivverträge abgedeckt, da die Gewerkschaften für alle Beschäftigten des jeweiligen Betriebs verhandeln, d. h. auch für Nicht-Mitglieder. Seit dem Beginn der Kampagne »Ende der billigen Arbeit« in 2015 wurden jährlich im Schnitt relativ hohe Nominallohnzuwächse (4,6–6,8 Prozent) erreicht. Nach eigenen Angaben der Gewerkschaften sind die Löhne und Gehälter in den Betrieben, in denen es eine Gewerkschaftsorganisation gibt, signifikant höher (in 2016 beispielsweise um rund 100 Euro monatlich) und die Arbeitszeiten kürzer. Auch bei den Erhöhungen des Mindestlohns in den letzten Jahren spielten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle, wenngleich zusätzlich die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Regierungen ausschlaggebend war.

Eine wirkliche betriebliche Mitbestimmung gibt es in Tschechien nicht. Der Katalog der verpflichtend mit den Gewerkschaften zu konsultierenden Entscheidungen ist äußerst

knapp und hat kaum unmittelbar mit der Unternehmensführung zu tun. In den Aufsichtsräten haben die Arbeitnehmer_innen wegen ihrer geringen Vertretung keine echte Entscheidungsgewalt. Ihre ebenfalls schwache Rolle beim Sozialdialog wurde oben bereits beschrieben.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Wie bereits beschrieben, kämpfen die Gewerkschaften in der postkommunistischen Gesellschaft Tschechiens nach wie vor um ein positives Image und eine breite Akzeptanz ihrer Daseinsberechtigung, auch wenn sich Beides – insbesondere in den letzten Jahren – verbessert hat. So ist das statistisch erhobene Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Gewerkschaften langsam gestiegen, was sich auch bei dem erwähnten Mitgliederzuwachs bei ČMKOS ablesen lässt. Gefragt nach ihrem Vertrauen gegenüber verschiedenen politischen Institutionen, gaben 2018 für Gewerkschaften 14 Prozent »dezidiert nicht« und weitere 27 Prozent »eher nicht« an. Diesen insgesamt 41 Prozent stehen 41 Prozent gegenüber, die grundsätzlich Vertrauen geäußert haben. 18 Prozent hatten auf diese Frage im Falle der Gewerkschaften keine Antwort, was von mangelnder Bekanntheit und Informiertheit über die Rolle und Aktivitäten zeugt. Damit schneiden die Gewerkschaften besser ab, als das Parlament und insbesondere die politischen Parteien, die regelmäßig am hinteren Ende liegen. Das Maximum an Zustimmung dürfte allerdings erreicht sein. Befürchtet wird eher ein Rückgang, beispielsweise bei einbrechender Konjunktur.

Das derzeitig relativ gute Ansehen der Gewerkschaften ist eng mit dem ČMKOS-Vorsitzenden Josef Středula verknüpft. Verbraucht sich seine Anziehungskraft oder zieht er weiter in die Politik, wird es schwierig einen adäquaten Ersatz zu finden. Zu den größten Herausforderungen gehört damit sowohl die Höhe der Mitgliederbasis zu halten, als auch sukzessive Nachwuchskräfte aufzubauen. Da vermutet werden kann, dass die Höhe der Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre nicht aufrecht gehalten werden kann, gilt es andere Bereiche zu identifizieren, in denen Gewerkschaften sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten einsetzen können. Das wurde jüngst mit einem Vorstoß zur Verkürzung der Arbeitszeiten in Angriff genommen.

Angemessen wäre außerdem die Beteiligung der Gewerkschaften bei der Erarbeitung langfristiger Strategien für die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung, insbesondere angesichts der zunehmenden Digitalisierung und Globalisierung, die Tschechien als »Billiglohnland« besonders hart treffen. Auch die mit der Erreichung der Klimaziele verbundenen, dringenden benötigten Reformen im Energiesektor, stellen die Gewerkschaften vor Herausforderungen. An erster Stelle ist dies die Frage der »just transition« bei einem Strukturwandel infolge des sukzessiven Abbaus von Kohle als Energieträger.

Für alle diese Aufgaben sind die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften nicht einfach: ihre formalen Rechte sind relativ gering, der strukturelle Schwerpunkt gewerkschaftli-

chen Handelns auf Betriebsebene ist strategisch ungünstig, eine breite politische und zivilgesellschaftliche Unterstützung nicht in Sicht. Die grundsätzlich neoliberale Wirtschaftspolitik bietet Raum für Politiker_innen und Arbeitgeber, Gewerkschaften in die Enge zu treiben. Der potentielle politische Partner, die sozialdemokratische Partei, ist geschwächt. Das wirkt sich nachteilig auf die zukünftige Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus. Allerdings sind die Gewerkschaften grundsätzlich darauf bedacht, ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, allein weil vielen Mitgliedern eine enge parteipolitische Nähe zu suspekt ist und sie sich bei weitem nicht alle selbstverständlich selbst auf der politischen Linke verorten.

Auf der internationalen Ebene sind die tschechischen Gewerkschaften relativ gut vernetzt. Die Einzelgewerkschaften tauschen sich regelmäßig mit ihren europäischen Pendanten aus und sind in der Regel Mitglieder der europäischen und internationalen Strukturen. In den Entscheidungspositionen der europäischen Gewerkschaftsstrukturen könnten die Gewerkschaften aus Mittel-Ost-Europa noch besser vertreten sein, damit sie ihre Belange stärker einbringen können.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.